

Sicherheitsgefahr oder Demokratieelixier: Protestbewegungen am Balkan in Zeiten von Krisen und neuen Autoritarismen

Vedran Dzihic



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.

Zusammenfassung

In den letzten Jahren sind wir in Südosteuropa Zeugen von Krisen und einer Zunahme von autoritären Tendenzen in Staat und Gesellschaft geworden. Die folgende Kurzanalyse stellt sich die Frage, welche Rolle nun in einem sich veränderten und verschlechterten gesellschaftspolitischen Umfeld den (sozialen) Protestbewegungen zukommt und ob diese eine positive Rolle für die Demokratisierung der Gesellschaften spielen können. In der Kurzanalyse werden drei große Protestbewegungen der letzten Jahre in Südosteuropa analysiert: Die beiden großen Protestformationen in Bosnien in den Jahren 2013 und die Februar-Protteste im Jahr 2014 waren erste massive Proteste in der Region im neuen Kontext. Zweitens geht es um die Initiative „Ne Da(vi)mo Beograd“ (Wir lassen unser Belgrad nicht erwürgen) und die im April 2017 nach der Wahl von Aleksandar Vucic zum Präsidenten gebildete Protestbewegung mit dem Namen „Protiv diktature“ (Gegen die Diktatur). Und letztlich widmet sich die Kurzanalyse der „Bunten Revolution“ in Mazedonien, die als eine breite Bewegung gegen die zunehmend autoritäre Herrschaft von VMRO-DPMNE und Nikola Gruevski mitunter zum Sturz des Regimes beitragen konnte. In allen drei Protestbewegungen, die von den Regierungen mit unterschiedlichen Mitteln bekämpft wurden, konnten Potentiale identifiziert werden, die die Demokratie am Balkan stärken könnten.

Keywords

Südosteuropa, Protestbewegungen, Demokratie, Autoritarismus

Autor

Dr. Vedran Dzihic ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip für die thematischen Schwerpunkte Westbalkan, EU-Erweiterung und Demokratisierung und Vortragender am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at

Copyright © 2017

In den ersten paar Monaten des Jahres 2017 scheint sich das klischeehafte Bild des stets unruhigen und kurz vor der Explosion stehenden Balkans zu bewahrheiten. Die Region sieht sich mit einer Reihe von Krisen konfrontiert. In den meisten Gesellschaften Südosteuropas ist jedenfalls ein eindeutiges Bild sichtbar – starke Männer arbeiten am Ausbau ihrer Macht, die zum Teil stark marginalisierte Opposition zeigt sich kämpferisch, der Nationalismus wird wieder allerorten als Herrschaftstechnik der ersten Wahl eingesetzt. Nimmt man noch dazu die Schwäche der EU und der Erweiterungspolitik, die für Ungewissheit sorgt und die Situation des Vakuums verstärkt, in der sich andere Einflüsse wie jene aus Russland und der Türkei ausbreiten können, dann ist das Bild einer Region in der Krise und – metaphorisch gesprochen – in der demokratischen Sackgasse vollständig.¹ Was wir sehen ist die Entstehung einer neuen Regierungsform, in der sich die Formen autoritärer Herrschaft als attraktive, flexible, anpassungsfähige und funktionalere Alternative, im Gegensatz zu den komplexen und oft in ihren Entscheidungen trägen demokratischen Systemen, darstellen. Diese vereint kompetitive Wahlen, ein Multiparteiensystem, Parlamente, Verfassungen und andere Elemente, die normalerweise mit liberalen Demokratien in Verbindung gebracht werden und verbindet sie mit Mechanismen und Techniken, die üblicherweise in klassischen autoritären Regimen angewandt werden – einschließlich der starken Kontrolle von gesellschaftlichen Prozessen sowie der subtilen oder offenen Repression.

Angesichts dieser deutlichen Verschiebungen weg von den Prozessen der Demokratisierung und Europäisierung der Gesellschaften am Westbalkan und hin zu regressiven Entwicklungen und autoritären Tendenzen, stellt sich die Frage, welche Rolle nun im neuen gesellschaftspolitischen Umfeld den (sozialen) Protestbewegungen zukommt und ob diese eine positive Rolle für die Demokratisierung der Gesellschaften spielen können. Es wäre sicherlich zu naiv, die Protestbewegungen in Südosteuropa per se als die einzige Hoffnung für die weitere Demokratisierung der Gesellschaften darzustellen. Dennoch sind diese Formen des Widerstands gegen die zunehmend autoritären Strukturen der Regime derzeit eine zentrale Quelle des liberalen, menschenrechtsorientierten und demokratischen Gedankenguts in der Region. In den Protesten werden auch Ideen und Konzepte für die Wiederbelebung der demokratischen Prozesse und eine sozioökonomische Wende entwickelt, die zu mehr Umverteilung, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität in den Gesellschaften beitragen könnten. Um diese Konzepte tatsächlich politisch umzusetzen, wird man über die Proteste hinaus sich mit der Frage beschäftigen müssen, ob aus Protestbewegungen längerfristige politische Bewegungen entstehen können.

¹ *Balkans in Europe Policy Advisory Group (BiEPAG): The Crisis of Democracy in the Western Balkans. Authoritarianism and EU Stabilitocracy, Belgrade 2017.*

Protestbewegungen und deren Formen am Westbalkan

Quer durch die Region, von Bosnien und Herzegowina über Serbien, Mazedonien, Montenegro und Kosovo bis nach Albanien, waren wir in den letzten Jahren Zeugen von (sozialen) Protesten.² Mit der zunehmenden Abnahme der Qualität der Demokratie in diesen Staaten und mit dem Anstieg von autoritären Tendenzen häuften sich auch die Proteste. Hatten wir zuerst Protestformen, die sich an einem konkreten sozialen Anlassfall orientierten und dann zu Massenbewegungen wurden (wie z.B. in Bosnien in den Jahren 2013 und 2014), sind es zuletzt – und dies zeigen uns die Beispiele der Proteste in Serbien und in Mazedonien – Protestformen, die sich direkt gegen die zunehmend autoritären Regime und deren Praktiken richten.

In dieser Kurzanalyse werden die drei massivsten Protestbewegungen der letzten Jahre am Balkan skizziert und analysiert. Die beiden großen Protestformationen in Bosnien in den Jahren 2013 (die sogenannte Baby-Revolution) und die Februar-Proteste im Jahr 2014 stellen die erste Protestformation dar. Diese Proteste in Bosnien waren zuerst sozial motiviert bzw. hatten ihren Ursprung in sozialen Missständen. Die Initiative „Ne Da(vi)mo Beograd“ (Wir lassen unser Belgrad nicht erwürgen) in Serbien entstand als Reaktion auf den mitten in der Nacht illegal erfolgten Abriss einer Barackensiedlung in Belgrad am Sava-Ufer, wo die Regierung von Aleksandar Vucic vor einiger Zeit das Megabauprojekt „Belgrade Waterfront“ begonnen hat. Die „Bunte Revolution“ in Mazedonien, die vor allem das Jahr 2016 stark geprägt hatte, richtete sich gegen eine ganze Reihe von durch das Regime verschuldeten Missständen, war letztlich aber eine breite Bewegung gegen die zunehmend autoritäre Herrschaft von VMRO-DPMNE und Nikola Gruevski. Zuletzt wird auch kurz auf die Proteste eingegangen, die im April 2017 nach der Wahl von Aleksandar Vucic zum Präsidenten begonnen haben und unter dem Namen „Protiv diktature“ (Gegen die Diktatur) bekannt sind.

Bosnien und Herzegowina – Von der Eruption der protestierenden Energien zurück zum Alltag?

Bosnien und Herzegowina befindet sich seit vielen Jahren in einer tiefen politischen Krise. Trotz der (vor allem bei der Machtelite) im Vordergrund stehenden inter-ethnischen Reibereien, entstand zunächst einmal im Frühsommer 2013 auf Basis eines unmittelbar lebensnahen Anlasses³ eine breite Protestbewegung, die eine umfassende Kritik an systemischer Problemlösungsinkompetenz der ‚abgehobenen‘ Machtelite formu-

² Ulrich Ladurner, Ode an den Zorn, in: Die Zeit, 27.4.2017, S. 8

³ Die Behörden waren nicht in der Lage, für ein schwer krankes Mädchen, das dringend eine medizinische Behandlung im Ausland benötigte, die Personalausweisnummer auszustellen. Dies verzögerte die Erstellung des Reisepasses und brachte das Leben des Mädchens in akute Gefahr.

lierte. Die in den Medien gemeinhin als „Bebolucija“ („Babyrevolution“) bezeichneten Proteste richteten sich direkt gegen eine Institution des Staates (konkret das Parlament), welche in besagtem Fall unfähig war, ein – für die Bevölkerung lebensnotwendiges – Gesetz zu ändern. Die Proteste, an denen BürgerInnen aus allen sozialen Schichten und allen Ethnien beteiligt waren, bezeugten noch einmal, wie gering das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen und wie groß die Unzufriedenheit der bosnischen Bevölkerung mit den aktuellen Zuständen des Landes und der gegenwärtigen Stagnation auf vielen Ebenen ist. Die Proteste waren intensiv, hielten aber nicht lange an, bereiteten aber dennoch den Boden für die größere Protestwelle, die acht Monate später, im Februar 2014 einsetzte.

Proteste des Jahres 2014 gingen von der zweitgrößten Stadt der bosnisch-herzegowinischen Föderation, Tuzla, aus, in der zuerst Tausende von Arbeitern und Sympathisanten auf die Straße gingen und gegen das Ausbleiben von Lohnzahlungen und gegen die zahlreichen Missstände im Zuge des Privatisierungsprozesses von zahlreichen Firmen und Fabriken demonstrierten, die zur fast kompletten De-Industrialisierung des Landes geführt hatte. Die Proteste breiteten sich rasch in weiten Teilen des Landes aus und richteten sich allgemein gegen die desolate Wirtschaftslage, die mangelhafte Performanz der politischen Elite, gegen Korruption und Vetternwirtschaft. In Sarajevo kam es im Februar 2014 zu einer Eskalation der Gewalt – die protestierenden Gruppen setzten das Gebäude der bosnischen Präsidentschaft sowie der Regierung des Kantons Sarajevo in Brand. Auch in anderen Städten der Föderation wie Mostar, Tuzla oder Zenica entlud sich die Frustration der Bürger zum Teil in Gewalt. Der anfängliche Ausbruch des Zorns und der Gewalt blieb jedoch auf die ersten Tage der Proteste beschränkt. Aus den Protesten bildeten sich dann allmählich in zahlreichen Städten sogenannte Bürgerplen, in welchen sich Bosnien-Herzegowinas Bürger versammelten, um gemeinsam Forderungskataloge zur Verbesserung der politischen Zustände zu erarbeiten und gezielt Druck auf die Politiker auszuüben.

Nach einigen Wochen und in größeren Städten nach Monaten wurden die Proteste immer geringer und flauten letztlich vollends ab. Politiker in beiden Landesteilen unternahmen in den Tagen nach den Protesten alles, um diese politisch zu instrumentalisieren. Mit teils skurrilen Argumenten, wonach z.B. in der Föderation Waffen für einen Kampf gegen die Republika Srpska gesammelt wurden, versuchte man die soziale Revolte zu ethnisieren und dadurch zu diskreditieren. Dennoch haben die Proteste Spuren im bosnischen politischen Raum hinterlassen. Die Proteste hatten keine ethnischen Vorzeichen. Sie waren ein Aufschrei gegen soziales Elend und Verarmung, gegen Misswirtschaft und Korruption. Sie können im Nachhinein auch als ein Akt der Rebellion gegen die politischen Eliten aller drei Volksgruppen gedeutet werden, die seit fast zwei Jahrzehnten vorgeben, nationale Interessen zu schützen, dabei aber nur um eigene Privilegien und Interessen kämpfen. Letztlich wurde mit den Protesten gezeigt, dass es im gesellschaftlichen Unterbau Bosnien und Herzegowinas Kräfte gibt, die jederzeit wieder aufbegehren können und die das Potential haben, als gesell-

schaftliches und politisches Korrektiv wieder in Erscheinung zu treten. Sie tragen damit in sich den Kern einer möglichen anderen und besseren bosnischen Gesellschaft.

Serbien: „System Vucic“ als Gegner - Die Protestjahre 2016 und 2017

Serbien war in den Jahren seit dem Zerfall der jugoslawischen Föderation stark von Protesten und Straßendemonstrationen geprägt. In den 1990er Jahren waren es die großen studentischen Proteste gegen Milosevic, der im Oktober 2000 durch die Macht der Straße gestürzt wurde. Es verwundert also keinesfalls, wenn man auch rezent immer wieder Proteste aufflammen sah.

Eine der letzten Protestbewegungen in Serbien ist die unter dem Namen „Ne da(vi)mo Beograd“ bekannte Bewegung, die sich anfänglich wegen einer illegalen Abrissaktion der Stadt gegen eine Barackensiedlung formierte und dann im Laufe der Zeit zu einer politischen Protestbewegung wurde. Der Hintergrund ist der folgende: Seit einigen Jahren verfolgt die Regierung das große und sehr umstrittene Mega-Infrastrukturprojekt in Serbien, das so genannte „Belgrad Waterfront“-Projekt.⁴ Das Vorzeigeprojekt von Aleksandar Vucic und seiner SNS zielt darauf ab, ein neues und modernes Zentrum am rechten Ufer des Sava-Flusses in Belgrad zu errichten. Es wurde und wird von der Regierung als das Vorzeigeprojekt eines neuen und selbstbewussten Serbiens propagiert. Bei der Ausschreibung und der Vergabe des Projekts gab es massive Kritik. Mohammed bin Zayed, Kronprinz von Abu Dhabi, gilt bei diesem Projekt als einer der wichtigsten ausländischen Investoren. Sein finanzielles Projekt-Engagement in Höhe von drei Milliarden Euro sowie seine Investitionen in Air Serbia, in die serbischen Verteidigungssysteme sowie in einige andere Projekte erklärt man in der kritischen Öffentlichkeit mit engen Freundschaftsbeziehungen zu Premierminister Vucic.⁵

Erste kritische zivilgesellschaftliche Stimmen und Widerstand gegen das Projekt begannen sich bereits in den Jahren 2014 und 2015 zu formieren. Der Höhepunkt wurde am 24. April 2016 erreicht, als mitten in der Nacht etwa 30 maskierte Männer mit Hilfe eines Bulldozers verschiedene Gebäude im Stadtteil „Savamala“, wo das Bauprojekt realisiert werden soll, demolierten und niederrissen. Laut unabhängigen Medien und Augenzeugenberichten zerstörten die maskierten Männer einige Häuser, fesselten Zivilpersonen und konfiszierten Handys. Es wurde auch berichtet, dass die Belgrader Polizei in der besagten Nacht nicht auf Hilferufe reagiert hatte. Seitens der Stadtregierung und auch vom damaligen Premierminister kam keine Reaktion.

⁴ *Kmezic, Marko*: The Masks Have Fallen in the Serbian House of Cards, BiEPAG Blog, 31.5.2016, <http://www.biepag.eu/2016/05/31/the-masks-have-fallen-in-serbian-house-of-cards/>;

⁵ *Donaghy, Rori*: „The UAE's shadowy dealings in Serbia“, 15.08.2015, <http://www.middleeasteye.net/news/uaes-shadowy-dealings-serbia-44700108>.

Daraufhin begann sich die serbische Zivilgesellschaft zu formieren. Im Laufe der Wochen nach dem Ereignis versammelten sich immer wieder über 10.000 Menschen im Rahmen von Demonstrationen auf den Straßen Belgrads. Neben der Kritik an den Behörden und der Regierung forderte man Rücktritte von Beamten und Politikern, kritisierte die Regierung und generell den von der Regierung Vucic eingeschlagenen politischen und sozioökonomischen Kurs. Die Bewegung, die von einem konkreten Anlassfall zu einer breiten politischen Protestbewegung anwuchs, formulierte insgesamt auch zahlreiche – vor allem linke – Positionen für die Veränderung des serbischen Staates und der Demokratie im Land. Vor allem die Kritik an zunehmend autoritären Tendenzen im Regieren sowie an einem neoliberalen Kurs, der immer mehr Ungleichheiten in der Gesellschaft produziert, standen im Mittelpunkt. Diese Bewegung ist in der Zwischenzeit nicht mehr als eine autonome Bewegung mit massenhaften Protesten in Erscheinung getreten. Die aktivsten Mitglieder und Anführer der Bewegungen treffen und tauschen sich regelmäßig aus. Auf der Webpage der Bewegungen, sowie auf Facebook und Twitter finden sehr lebendige Debatten statt, in denen sowohl weitere Formen des Widerstands diskutiert als auch konkrete kleinere Aktionen organisiert und koordiniert werden.⁶ Mit kleineren Protesten und Aktionismus im öffentlichen Raum versucht man einerseits, den Druck auf das Regime und die Lokalbehörden konstant zu halten, andererseits kreiert man damit einen kritischen und demokratischen Diskurs, der sich in scharfer Opposition zu Regierungsdiskursen befindet und damit zur Aufrechterhaltung einer lebendigen (kritischen) Öffentlichkeit beiträgt. Im Konkreten haben sich viele Aktivisten auch den neuesten Protesten „Gegen die Diktatur“ angeschlossen, womit eine Kontinuität zwischen beiden Bewegungen gewährleistet wurde.

Die letzte und rezenteste Welle der Proteste entstand nach den Wahlen zum serbischen Präsidenten, die am 2. April 2017 stattfanden und zum Sieg des Premierministers Aleksandar Vucic in der ersten Runde führten. Bereits am 3. April versammelten sich in Novi Sad, Nis, und anderen Städten in Serbien zahlreiche Bürger, die anfangs vor allem die Vorwürfe der Wahlmanipulation und die mangelnde Legitimität der Wahl auf Grund der völligen Beherrschung der medialen Landschaft und der Öffentlichkeit durch Vucic und seine Partei kritisierten, die sich dann aber relativ schnell gegen die apostrophierte „Diktatur“ durch Vucic und seine Partei richteten. Die Liste der Kritikpunkte am „System Vucic“ wurde von Tag zu Tag länger und umfasste neben dem Vorwurf der autoritären Herrschaft durch Vucic und seine Partei zunehmend auch die Kritik der sozioökonomischen Realität in Serbien. Die Bewegung, die anfangs vor allem von jungen Leuten getragen wurde und später immer mehr breite gesellschaftliche Schichten miteinschloss, konnte an bestimmten Tagen mehrere Tausend Menschen mobilisieren.⁷

⁶ Siehe die Webpage der Bewegung unter <https://nedavimobeograd.wordpress.com>

⁷ <http://www.balkaninsight.com/en/article/serbia-s-fading-protest-movement-splits-05-04-2017#sthash.cE8DxQnW.dpuf>

Dass die Bewegung auch vom Regime als eine Gefahr angesehen wurde, wurde durch die Art der Reaktion auf die Proteste deutlich. In den ersten Tagen wurden die Proteste von den regierungs- und Vucic-nahen Medien totgeschwiegen. Als die Proteste auch nach den ersten Tagen anhielten und zum Teil immer größer wurden, ging man zur Taktik der Diffamierung der Proteste über. Man brachte sie in Verbindung mit Teilen der Opposition, kritisierte die angebliche Einmischung von Außen (Soros) und sprach von der hohen Gefahr der Destabilisierung Serbiens durch die Protestierenden. Diese Taktik der Delegitimierung der Proteste seitens des Regimes ist eine, die die Regime in der gesamten Region (siehe das bosnische Beispiel weiter oben bzw. das mazedonische Beispiel weiter unten) gerne anwenden. Die Proteste selbst sind in der Zwischenzeit (Juni 2017) abgeflaut. Anstelle einer großen Bewegung, die den Protest auf den Straßen von Belgrad austrug, haben sich mehrere Kleingruppen gebildet, die vor allem über Social Media und in kleinen Kreisen sich austauschen, derzeit aber keinesfalls in der Lage sind, eine große Anzahl an Menschen zu mobilisieren. Es kam auch zu einer Zweiteilung der Gesamtgruppe der Protestierenden, und zwar in eine erste Gruppe, die vor allem an der Kritik an Vucic festhält, und eine zweite, die den Fokus auf die Kritik der sozioökonomischen Umstände in Serbien richtet. Insgesamt sind aus beiden großen Protestbewegungen in Serbien wichtige Impulse für die Demokratiedebatte im Land ausgegangen. Es ist angesichts der Machtfülle von Vucic und seiner SNS davon auszugehen, dass der Raum für kritische Auseinandersetzung über den gesellschaftlichen, politischen und sozioökonomischen Kurs Serbiens gering bleiben wird. Daher wird den kritischen Stimmen und Energien, die in beiden Protesten entstanden sind, weiterhin eine wichtige Rolle als Demokratiekorrektiv zukommen. Die Aktivisten selbst sind weiterhin in kleinen Zellen tätig und denken über neue Formen von Protesten nach bzw. diskutieren sie auch die Frage, ob und in welcher Form aus den Protesten neue Formen des aktiven politischen Engagements generiert werden könnten.⁸

Mazedoniens „Bunte Revolution“ – Die Veränderung ist möglich

Mazedonien wurde in den letzten zehn Jahren von der national-konservativen VMRO-DPMNE unter der Führung des langjährigen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski dominiert. Gruevski baute schrittweise seine Herrschaft aus und entwickelte Mazedonien immer mehr zu einem stark autoritär regierten Land. Er mobilisierte die Massen mit Hilfe des mazedonischen Nationalismus (siehe Skopje 2014) und instrumentalisierte die ethnische Frage (siehe Ereignisse von Kumanovo im Mai 2015, weiter unten), um seine und die Herrschaft von VMRO-DPMNE-Strukturen abzusichern.

⁸ siehe Debatten auf [Pescanik.net](https://nedavimobeograd.wordpress.com) sowie auf <https://nedavimobeograd.wordpress.com>

Der konkrete Anlassfall für die größte und wirkungsmächtigste Protestbewegung in der jüngsten mazedonischen Geschichte war neben dem zunehmend autoritären Charakter des Regimes ein Abhörskandal aus dem Jahr 2015. Der damalige Oppositionsführer, Zoran Zaev, veröffentlichte im ersten Halbjahr 2015 Tausende von Stunden von geheim abgehörten Gesprächen zwischen Gruevski und anderen VMRO-DPMNE-Politikern und Funktionären, in denen offen all die illegalen Absprachen und Machenschaften des Regimes aufgezeigt wurden. Die Aufzeichnungen enthielten genügend Hinweise auf eine offensichtlich direkte Beteiligung von hochrangigen Politikern an Korruption, Machtmissbrauch, Erpressung, politischer Einmischung ins Justizsystem sowie an Wahlbetrug. In Folge entstanden im Mai 2015 die ersten großen Massenproteste in Skopje, die das ganze Jahr lang in unterschiedlicher Intensität anhielten. Die Krise, die vorerst durch Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition unter der Vermittlung der EU gestoppt wurde, entflamte neuerlich im Frühjahr 2016, als es offensichtlich wurde, dass der Machtapparat von VMRO-DPMNE keine Anstalten macht, die Vereinbarungen einzuhalten und faire Rahmenbedingungen für die Wahlen zu schaffen, die das von der EU vermittelte Abkommen vorsah.

Die Proteste auf den Straßen von Skopje und anderen Städten intensivierten sich wieder im Frühjahr 2016. Ab April 2016 fanden sie unter dem Motto der "Bunten Revolution" statt.⁹ Die Demonstranten benutzten zunehmend mit Lack gefüllte Ballons, um Regierungsgebäude und nationalistische Denkmäler bunt zu „bemalen“, was auch den Namen der Bewegung prägte. Die Bewegung wurde sowohl von slawischen als auch albanischen Mazedoniern getragen, was auch eine direkte Botschaft an das Regime war, dass man an der Front gegen die autoritäre Regierungsform jenseits der ethnischen Linie agiert und auf breite Solidarität setzt. Die Bewegung organisierte sich horizontal, mobilisierte über soziale Medien, wies einen hohen Grad an Mobilität auf und war in ihren Aktivitäten sehr kreativ. Einer der Protestteilnehmer brachte den Charakter der Bewegung mit folgenden Worten auf den Punkt: They think hierarchical, but we organise horizontally. This is our strength and their failure."¹⁰

Die Palette an konkreten Forderungen war breit und reichte von Rücktrittsforderungen an die Regierung und den Präsidenten, über die Forderung nach einer unabhängigen Justiz und der Begnadigung von verhafteten Demonstranten aus früheren Protesten bis hin zur Forderung nach freien Medien und Wahlen. Der Tenor war aber vom Beginn an sehr klar vorgegeben und kann unter den Stichworten „Kampf gegen die autoritäre Herrschaft“ und für Demokratie subsumiert werden.

Die Antworten der Regierung auf Proteste waren eine Mischung aus harter bis sanfter Repression, juristischem Druck und einer medial orchestrierten Anti-Protest-Kampagne, die als Ziel die Verunglimpfung und

⁹ *Taleski, Dane*: "Ending the Crisis in Macedonia: Who is in the Driver's Seat", Policy Brief, BiEPAG 2016.

¹⁰ <http://www.aljazeera.com/indepth/features/2016/06/macedonia-charges-protesters-colourful-revolution-160621113604856.html>

Diskreditierung der Protestbewegung hatte. Man hat im Jahr 2015, am Höhepunkt der ersten Protestwelle, versucht, mit einer Zuspitzung in der ethnischen Frage rund um die Ereignisse in Kumanovo den Druck von der Straße wegzunehmen und die Proteste zu schwächen. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Albanern und der mazedonischen Polizei im Mai 2015 in Kumanovo hatten Mazedonien an den Rand einer neuerlichen bewaffneten Auseinandersetzung gebracht. Bei dem Zwischenfall wurden 18 Menschen getötet und mehr als 30 verletzt. Gruevski und die VMRO-DPMNE nutzten die Ereignisse, um eine öffentliche Kampagne zu veranstalten, die den Schutz der Stabilität Mazedoniens sowie die Notwendigkeit, die mazedonische Nation vor albanischen "Terroristen" zu schützen in den Mittelpunkt stellte. Die Rhetorik, die Symbole und Referenzen, die rund um Kumanovo von der VMRO-DPMNE verwendet wurden, erinnerten stark an die nationalistische Rhetorik der späten 1990er und frühen 2000er Jahre und damit an eine Zeit, in der Mazedonien am Rand des Krieges stand. Die nationalistische Agitation der VMRO-DPMNE war 2015, am Höhepunkt der „Bunten Revolution“ im Jahr 2016 und auch zuletzt, als sich das Regime im April und Mai 2017 mit letzter Kraft gegen den Machtwechsel stemmte, zentraler Bestandteil der Strategie von VMRO-DPMNE.

Ende April, mitten in der politischen Krise im Land, die durch die Weigerung des Staatspräsidenten Mazedoniens entstand, den Oppositionsführer Zaev und seine neue Koalitionsmehrheit im Regierungsamt anzuloben, stürmte ein teilweise maskierter Mob das mazedonische Parlament. Zahlreiche Abgeordnete, darunter auch Zaev selbst, wurden verletzt. Wie damals vermutet und im Nachhinein bestätigt wurde, wurde dieser Angriff auf das Parlament in einer Komplizenschaft zwischen VMRO-DPMNE-Kreisen, Teilen des Staatsapparats und VMRO-DPMNE-nahen selbstorganisierten Gruppen ausgeführt. Durch eine starke und diesmal entschlossene Reaktion der USA und zum Teil der EU konnte ein Ausbruch massiver Gewalt verhindert und der Weg für die Amtselobung einer neuen demokratischen Regierung unter Premierminister Zaev geebnet werden. Man kann durchaus schlussfolgern, dass dieser Wechsel ohne den Druck der Protestbewegung und der „Bunten Revolution“ nicht möglich gewesen wäre.

Protestbewegungen als Sicherheitsgefahr oder Demokratieelixir?

Die in dieser Studie skizzierten und in aller Kürze analysierten Formen der Proteste am Balkan zeigen eindeutig, dass es eine zunehmende Kritik an der Regression der demokratischen Herrschaft und an der Art und Weise gibt, mit welchen politischen und sozioökonomischen Konzepten und Modellen die Gesellschaften regiert werden. Die beiden Protestbewegungen in Bosnien in den Jahren 2013 und 2014 entzündeten sich an einem konkreten sozialen Anlassfall und wurden dann zu einer Massenbewegung. Die Proteste der letz-

ten beiden Jahre in Mazedonien und Serbien formierten sich bereits als geschlossene Fronten gegen eine spezifische Form des Regierens, die man durchaus als im Kern autoritär bezeichnen kann. Hier ließe sich die These aufstellen, dass auch der Umgang der Regime – bereits ab Bosnien beginnend, aber noch stärker im Falle Serbiens und Mazedoniens – viel über den Charakter des Regimes aussagt. In unseren Fällen kann die Reaktion der Regime als nicht-demokratisch eingestuft werden. Würden in einem offenen demokratischen System die Impulse durch die Proteste im Sinne einer idealtypischen breiten demokratischen Responsivität aktiv und positiv aufgenommen werden, z.B. im Sinne einer wohlwollenden diskursiven Aufnahme bestimmter Ideen und einer rechtlichen Umsetzung von Forderungen, ist die erwartete Reaktion bei autoritären Regimen negativer. Wie man in allen drei diskutierten Staaten sehen konnte, reichten die Reaktionen auf die Protestformen vom Ignorieren und medialen Kampagnen zur Verleumdung und Diffamierung der Proteste, über subtilen oder offenen juristischen Druck auf Demonstrierende bis hin zu Versuchen von aktiver und direkter politischer Manipulation oder auch des Einsatzes von Polizeigewalt.

Auf der Ebene der in allen drei Fällen sehr ausgeprägten rhetorischen „Bekämpfung“ der Proteste ist es auch sichtbar geworden, dass die jeweiligen Protagonisten auf Seiten der Regime (hier vor allem Gruevski und Vucic) auch im Zuge der Proteste stets mit Dichotomien gearbeitet und versucht haben zu definieren, wer zu den „guten“ Mitgliedern des nationalen Kollektivs gehört und wer ausgeschlossen wird. Die „wirklichen“ Bürger, „echte Serben“ oder „stolze Mazedonier“ eben, waren in diesem Diskurs stets jene, die die Regime unterstützten. Die Protestierenden wurden in die Rolle der „Anderen“ gedrängt, in der sie dann als Gegner des ganzen Volkes etikettiert und in Folge diffamiert wurden. Diese Form der politischen Polarisierung hat den Regimen geholfen, die Gesellschaft entlang eines Freund-Feind-Schemas einzuteilen und eine Situation zu konstruieren, in der jegliche Kritik an der Regierungspartei und Dissens als Verrat an „der nationalen Sache“ delegitimiert und teilweise kriminalisiert wird.

Wenn man die Frage stellt, ob von den beschriebenen Protestbewegungen Sicherheitsgefahren ausgingen und ausgehen, dann ist mit Ausnahme der Anfangstage der Proteste in Bosnien im Februar 2014 keine Sicherheitsgefährdung festzustellen. In Mazedonien lag die größte Gefahr darin, dass das Regime in einem Moment repressiv gegen die Protestierenden vorgehen konnte und dass an Stellvertreterschauplätzen, die nicht direkt mit Protesten zusammenhängen, Gewalt entsteht, so wie das in Kumanovo im Mai 2015 geschehen ist. In Serbien gab es bislang eine explizite Botschaft von Aleksandar Vucic, dass die Proteste frei seien, allerdings versehen mit dem Hinweis, dass das nur gelte, solange die Proteste friedlich bleiben. Gerade hinter dieser Botschaft versteckt sich auch eine potentielle Sicherheitsgefahr, die nie ausgeschlossen werden kann, und zwar jene, dass es sich in Situationen aus unterschiedlichen Gründen eskalieren kann und sich so der Kontrolle sowohl durch den Kern der Bewegung als auch durch den Staat entziehen können.

Die abschließende Frage ist jene nach den Potentialen der Protestbewegungen am Balkan für die Demokratisierung der Gesellschaften. Wenn man über Alternativen spricht, lohnt sich ausgerechnet ein Blick auf Serbien nach den jüngsten Präsidentschaftswahlen. Der Sieg von Vucic würgte scheinbar jegliche positive – liberal-demokratische – Alternative zum derzeitigen Zustand ab. Die danach stattgefundenen Proteste setzten dem zunehmend autoritären Regime etwas entgegen: Sie zogen – wie uns Jürgen Habermas unlängst angesichts der krisenhaften Erscheinungen in westlichen Demokratien lehrte¹¹ – den Kontrast zwischen illiberalen, nationalistisch-populistischen und autoritär agierenden Kräften und jenen, die für Werte einer pluralen offenen demokratischen Gesellschaft einstehen. Es wurde auch im Westen sichtbar, dass in den Protestbewegungen ein neuer Optimismus und Zukunftszuversicht vorhanden sind und dass Vucic offensichtlich nicht nur ein pro-europäischer Pragmatiker ist, sondern auch jemand, der intern die Zügel der Macht angezogen hat.¹² Dass diese Form des Kampfes für demokratische Verhältnisse am Balkan direkt den Machtwechsel in Mazedonien mitbedingte und möglich gemacht hat, spricht für das hohe Potential der Protestbewegungen für gesellschaftliche Veränderung.

Es lässt sich am Ende festhalten, dass der liberal-humanistische Aktivismus in der Region, den wir in allen Protestbewegungen gesehen haben, den liberalen und emanzipatorischen Geist in den Gesellschaften des Westbalkans repräsentiert. Hier gerade muss die EU neue Verbündete suchen und neue Allianzen schmieden. Bislang setzte man seitens der EU generell auf Stabilität und bevorzugte als nahezu ausschließliche Partner am Balkan die gewählten Vertreter des Staates und damit in der Regel auch die neuen starken Männer. In einem unlängst erschienenen Artikel in der deutschen Zeitschrift „Die Zeit“ formulierte Ulrich Ladurner – durchaus im Kontext der Proteste in der breiteren südosteuropäischen Region – eine deutliche Warnung an die EU: „Im Umgang mit den Autoritären innerhalb und außerhalb der Union verhält sich die EU zunehmend wie eine echte Großmacht: sehr pragmatisch. Dabei muss sie aufpassen, dass sie die Demonstranten auf den Straßen von Belgrad, Budapest und Bukarest nicht enttäuscht.“¹³

Damit all diese emanzipatorischen Bewegungen und Energien am Balkan nicht erstickt und im Nachhinein als utopische Versuche bezeichnet werden müssen, braucht es letztlich eine Revitalisierung des EU-Projekts, in dem dann auch die Region des Balkans als eine „normale“ europäische Region jenseits der Klischees und Stereotype ihren Platz finden kann.

¹¹ Habermas, Jürgen: Für eine demokratische Polarisierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11 (2016), S. 35-42.

¹² Ulrich Ladurner, Ode an den Zorn, in: Die Zeit, 27.4.2017, S. 8

¹³ ebd.